

Aktuelle innenpolitische Entwicklungen in Russland

von Prof. Dr. Eberhard Schneider

Zusammenfassung

In der Woche vom 06. – 12. April 2009 wurden vier Szenarien zur weiteren Entwicklung Russlands bekannt, die der Think Tank von Präsident Dmitrij Medwedew, das „Institut für moderne Entwicklung“, ausgearbeitet hat. Vorsitzender des Kuratoriums des gleich nach der Wahl Medwedews zum Präsidenten gegründeten Instituts ist Medwedew. Direktor des Instituts ist der Vizepräsident der Investmentbank „Renaissance Kapital“ und der „Russischen Union der Industriellen und Unternehmer“ sowie der Lehrstuhlinhaber an der Staatlichen Universität-Hochschule für Ökonomie Igor Jurgens.

*Das **erste Szenario** beschreibt die Entwicklung Russlands zu einem Rentierstaat, der sich als Petrokratie durch hohe Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen finanziert, die er nicht in die Entwicklung anderer Wirtschaftszweige investiert. Nach dem **zweiten Szenario**, das auch als Inertie- oder Trägheitsszenario bezeichnet werden kann, ist die Bewahrung des Status quo wichtiger als Entwicklung. Das **dritte Szenario**, das Mobilisierungsszenario, beinhaltet die Umverteilung der Ressourcen zum Nutzen des Staates. Nach diesem Szenario dominieren die Staatsbetriebe, und das Business arbeitet nach staatlichen Vorgaben. Dafür hilft der Staat dem Business bei dessen Expansion im Ausland.*

*Das **vierte Szenario**, das Modernisierungsszenario, hat die Entwicklung von Konkurrenz, der Infrastruktur und des Humankapitals zum Inhalt. Der Staat schafft für die Modernisierung günstige Bedingungen. Diese Entwicklung erfordert auch Veränderungen im politischen System durch die Rückkehr zu echter politischer Konkurrenz bei Wahlen und zu einem permanenten Dialog zwischen Staat und Gesellschaft. Infolge der Wirtschaftskrise sind die ersten beiden Szenarien obsolet. Das dritte, das Mobilisierungsszenario als Sozialismus-2 ist im Grund geschichtlich gescheitert. Am wahrscheinlichsten ist das Modernisierungsszenario, in zeitweiliger Kombination mit dem Mobilisierungsszenario.*

In dem ersten einer Reihe von Treffen mit den in der Staatsduma vertretenen Parteien warnte am 8. April Medwedew die Führung von „Einiges Russland“ davor, die Entscheidungen des Präsidenten präjudizieren zu wollen. Auch wenn die größte Fraktion des Regionalparlaments jetzt aufgrund eines Vorschlag Medwedews das Recht bekommen hat, den Kandidaten für den Gouverneursposten vorschlagen zu können, so nimmt doch der Präsident die letzte Entscheidung vor. „Darüber darf es keinerlei Illusionen geben.“ Der Parteivorsitzende Wladimir

Putin ließ sich durch die zweite Person in der Führungshierarchie, der zugleich Vorsitzender ihrer Staatsdumafraktion von „Einiges Russland“ ist, durch den Staatsdumavorsitzenden Boris Gryslow vertreten. „Einiges Russland“ besitzt in der Staatsduma 70 % aller Stimmen und kann damit föderale Verfassungsgesetze verabschieden, das Veto des Präsidenten überstimmen und im Rahmen eines Impeachmentverfahrens den Präsidenten anklagen.

Am 7. April 2009 warnte der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, das inzwischen nach St. Petersburg umgezogen ist, Walerij Sorkin, in seiner ersten Senatsvorlesung vor der Gefahr, dass infolge der Wirtschaftskrise Russland in Anarchie verfallen könnte und dass dann der Totalitarismus zurückkehren würde. Angesichts dieser Gefahr habe der Kreml das Recht, autoritäre Methoden anzuwenden, um das Land vor einem Desaster zu bewahren. Russland müsse einen „goldenen Mittelweg“ zwischen Freiheit und Ordnung finden.

Für sein erstes Interview, das Dmitrij Medwedew als Präsident einer russischen Zeitung gab, wählte er die kremlkritische „Neue Zeitung“ aus, um die für ihren kompromisslosen investigativen Journalismus bekannte „Nowaja gaseta“ – so Medwedews Pressesprecherin Natalja Timakowa – moralisch zu unterstützen. In den letzten zehn Jahren sind vier Journalisten der Zeitung ermordet worden, darunter Anna Politkowskaja. Medwedew sprach sich in seinem langen Interview scharf dagegen aus, Freiheitsrechte gegen wirtschaftlichen Wohlstand im Rahmen eines Gesellschaftsvertrags einzutauschen.

Szenarien von Medwedews Think Tank

Präsident Dmitrij Medwedews Think Tank, das „Institut für moderne Entwicklung“ (russ. abgekürzt INSOR), arbeitete vier Szenarien über die mögliche weitere Entwicklung Russlands aus, die in der vergangenen Woche bekannt wurden. Das Institut wurde gleich nach der Wahl Medwedews zum Präsidenten im März vergangenen Jahres gegründet. Medwedew ist Vorsitzender des Kuratoriums des Instituts. In seiner Rede vor dem Kuratorium begründete Medwedew die Einrichtung des Instituts damit, dass die staatliche Macht nicht wohlfeile Gutachten der Experten benötige, sondern eine „offene, umfassende und öffentliche Diskussion aller Probleme, die sich in der Gesellschaft angesammelt haben, die im sozialen Bereich bestehen oder in der Wirtschaft“.

Dem Kuratorium gehören ferner unter anderem an die Wirtschaftsministerin Elvira Nabiullina, der Erste Stellvertretende Staatsdumavorsitzende Oleg Morosow, der Stellvertretende Föderationsratsvorsitzende Dmitrij Mesenzew, Medwedews Wirtschaftsberater Arkadij Dworkowitsch, der Vorsitzende des Obersten Arbitragegerichts Anton Iwanow, der ehemalige Wirtschaftsminister Jelzins und jetzige wissenschaftliche Leiter der Staatlichen Universität-Hochschule für Ökonomie Jewgenij Jassin, der Direktor des „Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ der Russischen Akademie der Wissenschaften Alexander Dynkin und der Direktor des Zentralen wirtschafts-mathematischen Instituts und Wissenschaftliche Sekretär der Abteilung Gesellschaftswissenschaften der Russischen Akademie der Wissenschaften, Walerij Makarow.

Vorsitzender des Vortands und damit Direktor des Instituts ist Igor Jurgens. Jurgens, der zugleich einen Lehrstuhl an der Staatlichen Universität-Hochschule für Ökonomie innehat, ist zudem Stellvertretender Vorsitzender des Expertenrats beim Präsidenten, Vizepräsident der „Russischen Union der Industriellen und Unternehmer“ und Vizepräsident der Investmentbank „Renaissance-Kapital“. Ferner gehören dem Institutsvorstand unter anderem an Jelzins ehemaliger Stellvertretender Verteidigungsminister und jetzige Stellvertretende Leiter der Staatsdumafraktion von „Einiges Russland“ Andrej Kokoschin, der Direktor des

Meinungsforschungsinstituts „Stiftung ‚Öffentliche Meinung‘“ Alexander Oslon sowie der Rektor der Hochschule des Außenministeriums, des „Instituts für internationale Beziehungen“ (MGIMO), Anatolj Tolkunow.

Das Institut befasst sich mit den vier nationalen Projekten, für die Medwedew vor seiner Präsidentenwahl zuständig war, nämlich mit dem Gesundheitswesen, dem Wohnungswesen, der Bildung und der Landwirtschaft. Zu den weiteren Themen des Instituts gehören die gesellschaftswissenschaftlichen Probleme, die Entwicklungsprobleme der Informationsgesellschaft, die sozio-ökonomischen Entwicklungsprobleme, die Probleme der internationalen Entwicklung sowie die Verbindung zur Öffentlichkeit. Für das Institut arbeiten sowohl russische als auch ausländische Wissenschaftler sowie leitende Vertreter des Business und staatlicher Strukturen. Sie stehen in einem offenen und direkten Dialog über die Entwicklungsperspektiven von Gesellschaft und Staat in Russland.

Das *erste Szenario* des Instituts beschreibt die Entwicklung Russlands als Rentierstaat. Dieser Staat finanziert sich aus sehr hohen Einnahmen aus dem Export von Rohstoffen, im Falle Russlands vor allem von Öl, Gas und Metallen, weswegen ein solcher Staat auch Petrokratie genannt wird. Die hohen Gewinne aus dem Rohstoffexport werden nicht in die Entwicklung anderer Wirtschaftszweige investiert.

Das *zweite Szenario* kann mit Inertie, Trägheit, die Bewahrung des Status quo beschrieben werden. Stabilität ist wichtiger als Entwicklung. Entstehende Probleme werden operativ durch Geldeinsatz „gelöst“. Das ist allerdings nur solange möglich, so lange genügend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Das *dritte Szenario* ist das Mobilisierungsszenario und beinhaltet die Umverteilung der Ressourcen zum Nutzen des Staates. Sektoren, denen Priorität eingeräumt wird, werden vorrangig finanziert auf Kosten von Sozialausgaben. Es dominieren die Staatsbetriebe, und das Business arbeitet nach staatlichen Vorgaben. Als Dank für die Loyalität des Business dem Staat gegenüber hilft ihm dieser bei dessen Expansion im Ausland. Die Bevölkerung bekommt die moralische Kompensation, Bürger einer Großmacht zu sein. Dazu sind Propaganda und ein Mechanismus von Zwang nötig. So wird das Business für mangelnde „gesellschaftliche Verantwortung“ bestraft. An einer solchen Strategie sind sowohl Beamte als auch das Business in den prioritären Sektoren interessiert. In Zeiten der Krise verflacht dieses Szenario: Der Staatskapitalismus erweist sich in den Augen des Business und der Bevölkerung als Liquidator des zusammenbrechenden Marktes.

Das *vierte Szenario* hat die Modernisierung zum Inhalt durch die Entwicklung von Konkurrenz, der Infrastruktur und des Humankapitals. In den kommenden zwei bis drei Jahren wird das Intertia-Szenario vorherrschen. Dann beginnt die langsame Modernisierung, indem der Staat die für die Modernisierung notwendigen Bedingungen schafft. Durch liberale institutionelle Veränderungen können Investoren gewonnen werden. Das Business beginnt, sich in den am besten kapitalisierten Branchen zu entwickeln. Der Staat wird Straßen usw. bauen, aber nicht die Autoindustrie unterstützen. Die Krise geht zu Ende. Russland nimmt an allen globalen Prozessen voll teil. Diese Entwicklung erfordert auch Veränderungen im politischen System durch die Rückkehr zu echter politischer Konkurrenz bei Wahlen und zu einem permanenten Dialog zwischen Staat und Gesellschaft. Auf diese Weise kann Russland den Sprung zu einer innovativen Wirtschaft vollziehen und in die Reihe der am weitesten entwickelten Länder eintreten.

Prognose: *Durch die Wirtschaftskrise können die ersten beiden Entwicklungsszenarien, das Rentier- und das Trägheitsszenario, als erledigt betrachtet werden. Verbleiben nur die*

beiden folgenden Szenarien: das Mobilisierungs- und das Modernisierungsszenario. Das Mobilisierungsszenario ist praktisch ein Sozialismus-2-Szenario. Die jüngste Geschichte hat gezeigt, dass eine von der Welt isolierte Wirtschaft (und Gesellschaft) nicht erfolgreich ist, weil sie nicht konkurrenzfähig ist und letztendlich scheitern muss. Wahrscheinlicher ist das Modernisierungsszenario. Am wahrscheinlichsten ist wohl die Kombination des Mobilisierungs- mit dem Modernisierungsszenario.

Medwedew warnt „Einiges Russland“ und damit dessen Vorsitzenden Putin

In seinem ersten Bericht zur Lage der Nation hatte Präsident Dmitrij Medwedew am 5. November 2008 zehn Vorschläge zur vorsichtigen Reform des russischen politischen Systems der Föderalversammlung vorgelegt. In seinem zweiten Vorschlag empfahl Medwedew denjenigen Parteien, die bei den jeweiligen Regionalwahlen die Stimmenmehrheit erhalten haben, das Recht zur Aufstellung von Kandidaten für die Gouverneursämter einzuräumen. Nach der Abschaffung der von Boris Jelzin eingeführten direkten Gouverneurswahl 2004 durch Putin, hat gegenwärtig der Präsident das alleinige Recht, dem Regionalparlament den Kandidaten für das Gouverneursamt vorzuschlagen.

Auf einem Treffen mit der Führung der Partei „Einiges Russland“ in der Präsidentenresidenz Barwicha bei Moskau warnte Medwedew am 8. April 2009 davor, die Entscheidungen des Präsidenten präjudizieren zu wollen. An dem Treffen nahm statt des Parteivorsitzenden Putin die zweite Person in der Parteiführung, der Staatsdumavorsitzende Boris Gyslow, teil. Anlass für Medwedews Mahnung ist die oben skizzierte neue Regelung, dass die größte Fraktion des regionalen Parlaments – fast immer stellt diese die Machtpartei - dem Präsidenten ihren Kandidaten für das Gouverneursamt vorschlägt. Medwedew betonte, dass „die letzte Entscheidung in dieser Frage nicht die Partei vornehmen wird, sondern der Präsident der Russischen Föderation, und darüber darf es keinerlei Illusionen geben“.

„Einiges Russland“ besitzt in der Staatsduma die Zwei-Drittel-Mehrheit. Mit dieser kann die Machtpartei föderale Verfassungsgesetze verabschieden, das Veto des Präsidenten gegen ein Gesetz überstimmen und Anklage gegen den Präsidenten wegen Hochverrats oder eines anderen schweren Verbrechens im Rahmen eines Impeachmentverfahrens erheben. Um den Präsidenten dann wirklich absetzen zu können, muss anschließend das Oberste Gericht in einem Gutachten bestätigen, dass die Handlungen des Präsidenten tatsächlich Merkmale eines Verbrechens aufweisen. Dann muss das Verfassungsgericht bestätigen, dass das für die Anklageerhebung vorgeschriebene Verfahren eingehalten worden ist. Schließlich entscheidet der Föderationsrat mit Zweidrittelmehrheit, die ebenfalls „Einiges Russland“ stellt, über die Amtsenthebung des Präsidenten. Sollte es tatsächlich zu einem offenen Machtkampf zwischen Putin und Medwedew kommen, was unwahrscheinlich ist, könnte versucht werden, Medwedew verbrecherische Handlungen zu unterstellen, wie es damals – allerdings erfolglos – bei Jelzin versucht wurde.

Medwedew betonte in dem Gespräch ausdrücklich seine Überparteilichkeit. Dieses Treffen des Präsidenten mit der Führung von „Einiges Russland“ ist der Beginn einer Reihe von Begegnungen mit den Parteien, die durch Fraktionen in der Staatsduma vertreten sind. Offizielles Thema ist das Antikrisenmanagement und die Abmilderung der Krisenfolgen. Spekulationen, dass Medwedew die Partei des Föderationsratsvorsitzenden, Sergej Mironow, „Gerechtes Russland“ als „seine“ Partei betrachten könnte, haben sich nicht bestätigt. Auch Überlegungen, dass vielleicht die neue Partei „Rechte Sache“ Medwedews Partei sein könnte, dürften ebenfalls verfehlt sein, nachdem die neue Partei sich nicht einmal in der Frage einig werden konnte, ob sie sich auf die Wahl zur Moskauer Stadtduma vorbereiten soll.

Prognose: *Durch die Treffen mit den Parlamentsparteien will Medwedew fortfahren zu demonstrieren, dass er bereit ist, mit allen konstruktiven politischen Kräften – gerade in Zeiten der Krisenbekämpfung - zusammenzuarbeiten, auch wenn es nicht üblich ist, dass solche Treffen zu konkreten Ergebnissen führen.*

Oberster Verfassungsrichter rechtfertigt Autoritarismus

Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts, Walerij Sorkin, nahm eine alte Tradition wieder auf und hielt in St. Petersburg, wohin das Oberste Verfassungsgericht von Moskau umgezogen ist, am 7. April die erste Senatsvorlesung ab. Sie fand im Gebäude des Obersten Verfassungsgerichts am Senatsplatz statt. Diese Vorlesungen sollen der öffentlichen Diskussion aktueller Probleme des modernen Russland dienen.

In seiner Vorlesung warnte Sorkin laut „Kommersant“ vor der Gefahr, dass infolge der Krise Russland in Anarchie verfallen und dass dann der Totalitarismus zurückkehren könnte. Angesichts dieser Gefahr habe der Kreml das Recht, autoritäre Methoden anzuwenden, um das Land vor einem Desaster zu bewahren.

Sorkin erinnerte an die Weimarer Republik, die damals „einer der demokratischsten Republiken der Weltgeschichte“ gewesen sei, bis die Nazis an die Macht kamen. Russland müsse den „goldenen Mittelweg“ zwischen Freiheit und Ordnung finden. Auch der amerikanische Präsident Franklin Roosevelt sei nicht gegen Vorwürfe gefeit gewesen, autoritäre Methoden anzuwenden.

Sorkin war schon einmal Vorsitzender des Obersten Verfassungsgerichts von 1991 bis 1993. Er war nach der Niederschlagung des Putsches durch Jelzin im Oktober 1993 aus Protest gegen das militärische Vorgehen des damaligen Präsidenten gegen die Putschisten zurückgetreten, bei dem es auch Tote gab. Jelzin hatte Ende September 1993 das damalige Parlament, den von Kommunisten beherrschten Obersten Sowjet, aufgelöst – unter formaler Verletzung der damals geltende Verfassung – was vom Verfassungsgericht verurteilt wurde.

Jelzin hatte sich zur Parlamentsauflösung, gegen welche die Putschisten dann vorgingen, entschlossen, um die Machtblockade aufzulösen, die dadurch zustande gekommen war, dass in die damaligen, noch aus Sowjetzeiten stammenden Verfassung das Präsidentenamt als „Fremdkörper“ implantiert worden war. So blockierten sich dann beide Machtzentren, der Präsident und der Oberste Sowjet, permanent. Da jeder Verfassungsartikel, die sich eigentlich widersprachen, für sich richtig war, konnte der Machtkampf verfassungsgerecht nicht entschieden werden.

Prognose: *Die Vorlesung Sorkins warnt vor Liberalisierungstendenzen. Die gegenwärtig herrschenden politischen Kräfte sollen nicht geschwächt werden, damit sie weiterhin in der Lage sind, mit möglichen verschärften Protesten fertig zu werden.*

Medwedews Interview mit der kremlkritischen „Neuen Zeitung“

Am 13. April gab Präsident Dmitrij Medwedew zum ersten Mal einer russischen Zeitung ein Interview. Er wählte dazu die kremlkritische Zeitung „Nowaja gaseta“ („Neue Zeitung“) aus. Sie ist bekannt für ihren harten investigativen Journalismus. In den letzten zehn Jahren wur-

den vier Journalisten dieses Blattes ermordet. Zu ihnen gehörte am 7. Oktober 2006 – an Putins Geburtstag - die bekannte Journalistin Anna Politkowskaja.

Am 19. Januar dieses Jahres wurde Politkowskajas Rechtsbeistand, Stanislaw Markelow, in Moskau auf offener Straße im Zentrum der russischen Hauptstadt in Sichtweite des Kreml erschossen. Weil bei ihm die Journalistin der Zeitung, Anastassia Baburowa, war, wurde sie ebenfalls erschossen. Von der Moskauer Führung gab es keinerlei Reaktion. Nach zehn Tagen empfing Medwedew im Kreml den Chefredakteur der Zeitung, Dmitrij Muratow, zusammen mit dem Miteigentümer der Zeitung, Michail Gorbatschow, zu einem Gespräch. Medwedew drückte in der einstündigen Unterredung sein Bedauern über diese beiden Morde aus und musste sich den Vorwurf anhören, dass sein Schweigen ein Fehler war.

Politisch bedeutsamer als der Inhalt des langen Interviews, in dem sich Medwedew zu Themen wie Zivilgesellschaft, Menschenrechte, Kommunalpolitik, Kontrolle der Bürokratie, das Rechtssystem und den erneuten Prozess gegen Michail Chodorkowskij äußerte, ist die Tatsache, dass es stattfand. Die Pressesprecherin Medwedews, Natalja Timakowa, meinte dazu, dass Medwedew durch sein Interview „Nowaja gaseta“ moralisch unterstützen wollte.

Medwedew sprach sich scharf dagegen aus, Freiheitsrechte gegen wirtschaftlichen Wohlstand im Rahmen eines Gesellschaftsvertrags einzutauschen. Er will sich regelmäßig mit führenden russischen Menschenrechtsaktivisten im Rahmen des Rats des Präsidenten für Zivilgesellschaft und Menschenrechte treffen. Es würden interessante, auch scharfe, aber wertvolle Gespräche sein. Im Fall Chodorkowskij sprach er sich für die Unabhängigkeit der Gerichte aus, was bedeutet, dass er sich als Präsident in ein laufendes Gerichtsverfahren nicht einmischen wird.

Medwedew bekannte, dass er ein großer Fan des Internet ist, das der beste Platz für Diskussionen innerhalb Russlands und im Weltmaßstab sei. Es müssten in Russland normale Bedingungen für die Entwicklung des Internet geschaffen werden. Dafür seien die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, die es dem Internet erlauben, sich zu entwickeln, die auf der anderen Seite aber Verbrechen blockieren müssen. Von daher ist nicht zu erwarten, dass es in Russland zu Einschränkungen des Internets kommen wird, was einige staatlichen Organe, insbesondere der FSB, seit Jahren zu erreichen versuchen.

Prognose: Medwedew dürfte fortfahren, die von Putin vorgenommenen zu weit gegangenen Maßnahmen zur Stärkung des Staates auf Kosten der Demokratie vorsichtig zu korrigieren.

Bemerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.



Prof. Dr. Eberhard Schneider (Universität Siegen) ist Chefredakteur von „Russland intern aktuell“ und Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel.